

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 1
Bereich: Büro des Bürgermeisters
Bearbeitet von: Herrn Werthenbach

Siegen, 04.05.2022

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Rat **15.06.2022**

Kurzbezeichnung:

Ausweitung der Rechte der Beiräte

Beschlussvorschlag:

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass grundsätzlich die Ausweitung der Antragsrechte des Seniorenbeirates und des Inklusionsrates vollumfänglich möglich sind.

Der Rat beschließt, dass das Antragsrecht für den Seniorenbeirat und den Inklusionsbeirat auf den Ausschuss für Soziales, Familien und Seniorenfragen und auf den Verkehrsausschuss ausgeweitet wird. Der Rat beschließt weiterhin, dass das Antragsrecht des Jugendparlamentes auf den Jugendhilfeausschuss ausgeweitet wird.

Für den Integrationsrat gelten die Bestimmungen der Gemeindeordnung NRW und die dazu vorhandene Richtlinie unverändert fort.

Sachverhalt / Begründung:

Zur Sitzung des Rates am 22.12.2021 hatten die Fraktion von VOLT, Die Linke, UWG und Bündnis 90/Die Grünen ein vollumfängliches Antragsrecht des Beirates der Menschen mit Behinderung (neu = Inklusionsbeirat) sowie des Seniorenbeirates beantragt. Der Rat sich einstimmig bei 4 Enthaltungen vorbehaltlich einer rechtlichen Zulässigkeit dafür ausgesprochen.

Die rechtliche Bewertung ist nunmehr abgeschlossen. In der Kommentierung zu § 48 (1) GO NRW heißt es, dass „bislang die Frage ungeklärt ist, ob eine Erweiterung des Vorschlagsrechtes auf **Personen der Gremien** außerhalb des Rates zulässig ist; denkbar wäre z. B. ein Initiativrecht für Gremien wie einem Seniorenbeirat, Jugendparlament oder vergleichbar.“ Insofern wird dem Rat ein weiter Regelungsspielraum (und durch den Gesetzgeber nicht abschließend normierten) im Rahmen der Organisationshoheit zugebilligt.

Allerdings ist zu fordern, dass es sich bei den vorschlagsberechtigten Gremien um Gremien innerhalb der Organisationsstruktur der Gemeinde handeln muss (z. B. um einen gemeindlich verfassten Seniorenbeirat). Nur dann kann eine solche Regelung noch als Bestandteil der gemeindlichen Organisationshoheit eingeordnet werden. Nicht als durch die Organisationshoheit gedeckt anzusehen wären indes Regelungen über Vorschlagsrechte für gemeindeexterne Personen oder Gruppen.

Bezogen auf den am 22.12.2021 gefassten Beschluss, wonach wörtlich „diese Anträge [...] mit einer Mehrheit in den Beiräten verschiedet werden [müssen], wird klargestellt, dass es sich um eine einfache Mehrheit bezogen auf die anwesenden Beiratsmitglieder handelt. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt analog der Regelungen der Gemeindeordnung.

Dennoch ist die Verwaltung der Auffassung, dass es aus praktischen Erwägungen heraus für zielführender erachtet wird, das Antragsrecht weiterhin, wie bspw. bei Seniorenbeirat schon jetzt, auf die maßgeblichen Fachausschüsse zu beschränken:

- Seniorenbeirat = Antragsrecht für Sozialausschuss und Verkehrsausschuss
- Inklusionsbeirat = Antragsrecht für Sozialausschuss und Verkehrsausschuss
- Jugendparlament = Antragsrecht für den Jugendhilfeausschuss

Darüber hinaus sind die Beiräte mit beratender Stimme in den Ausschüssen vertreten, so dass auch hierüber Anliegen, Stellungnahmen und Positionen der Interessensgruppen eingebracht werden können. Darüber hinaus haben Fraktionen oder 1/5 der Rats- oder Ausschussmitglieder die Möglichkeit, in den übrigen Fachausschüssen Anträge zu stellen, die die Anliegen der Beiräte forcieren.

gez.

Steffen Mues
Bürgermeister

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.